



# Mitteilungen

Informationsblatt für die Mitglieder der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU). Redaktion: Wilfried Marxer-Schädler. Druck: Gutenberg AG, Schaan, auf Original-Umweltschutzpapier. LGU-Geschäftsstelle: Heiligkreuz 52, 9490 Vaduz, Telefon 2 52 62

## Liebe Mitglieder der LGU

Da wir annehmen, dass viele unserer Mitglieder einen Stop-Kleber am Briefkasten haben, legen wir diesen LGU-Mitteilungen unsere Informationsbroschüre zu den Rheinkraftwerken bei. Nach mehreren Jahren umfangreicher Abklärungen hat das Konsortium der Rheinkraftwerke den Umweltverträglichkeitsbericht vorgelegt. Wir meinen, dass die Umweltverträglichkeit nicht gegeben ist. Es wurde übrigens vom Konsortium selbst zugegeben, dass die Kraftwerke lokal betrachtet nicht umweltverträglich sind, sondern nur dadurch, dass weiter flussauf- und -abwärts noch ähnliche Bedingungen vorgefunden werden, wie sie heute auf der Projektstrecke zwischen Balzers und Ruggell vorhanden sind.

Wenn dann später der weitere Ausbau der Kraftwerkskette Richtung Bodensee und Graubünden zur Diskussion stehen wird, wird es dann umgekehrt heissen, dass der Rhein durch die Rheinkraftwerke Schweiz-Liechtenstein ohnehin bereits viel von seiner ursprünglichen Dynamik eingebüsst habe und dass es jetzt auch nicht mehr darauf ankomme. Dieser Prozess der schrittweisen Zerstörung von Lebensräumen für Flora und Fauna, aber auch der Freiräume für uns alle, ist altbekannt. Obwohl allenthalben von einem Umdenken die Rede ist, scheint dies im Falle der Rheinkraftwerke noch lange nicht der Fall zu sein. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass solche Grossvor-

haben nicht mehr zu einem ökologischen Verlust führen dürfen.

Auch die Sprache trägt einen Teil zur Ver(w)irrung bei. Wenn Tier- und Pflanzenarten durch die Rheinkraftwerke auf der Projektstrecke ausgerottet werden, heisst das in der technischen Sprache des Konsortiums, dass ein «schwerwiegender, nicht kompensierbarer Konflikt» vorhanden ist. Ein «tödlicher Schlag» wäre wohl ein passenderer Ausdruck!

Immer wieder werden wir mit der Frage konfrontiert, was wir denn als Alternative anzubieten haben. Nun, wir können sicher Hinweise geben, z.B. dass jeder Franken, der ins Energiesparen investiert wird, besser angelegt ist, als wenn die Rheinkraftwerke gebaut werden. Oder dass die technische Modernisierung bestehender Kraftwerke im NOK-Gebiet weit mehr Stromertrag bringt als der Bau der Rheinkraftwerke – und erst noch billiger. Oder dass durch politische Massnahmen, seien dies Stromsparsvorschriften oder ein progressiver Stromtarif, Anreize zum Stromsparen gegeben werden. Man sollte aber fairerweise auch bedenken, dass es nicht unsere Aufgabe sein kann, ein Patentrezept für die Energiepolitik der Zukunft zu entwickeln. Dazu sind in der

**Beilage zu diesen LGU-Mitteilungen: Unser Rhein – Eine Flusslandschaft in Gefahr**

Schweiz hochqualifizierte Expertenkommissionen zusammengetreten, die entsprechende Vorschläge ausgearbeitet haben. Dort sind einige Lösungsansätze ausgearbeitet worden.

Mit Sicherheit lässt sich dagegen sagen, dass die Rheinkraftwerke das Energieproblem nicht lösen. Weder wird wegen der Rheinkraftwerke ein Atomkraftwerk abgestellt, noch ist das Versorgungsproblem mit Strom in irgendeiner Weise sonst gelöst. Der Zuwachs der Stromverbrauchs in der Schweiz bewegt sich in der Grössenordnung von 1000 Millionen Kilowattstunden pro Jahr, während die Rheinkraftwerke lediglich 440 Millionen Kilowattstunden jährlich produzieren würden. Das heisst, dass alle paar Monate eine weitere Kraftwerkskette notwendig wäre, nur um den Mehrverbrauch abzudecken. Man kann sich leicht ausrechnen, dass es nicht lange dauern würde, bis der letzte Tropfen Wasser in den Alpen angezapft wäre, ohne dass der Heisshunger nach Strom befriedigt wäre. Die Rheinkraftwerke weisen also keine Perspektive auf. Daher ist ein Eingriff in unsere sehr wertvolle Rheinlandschaft in keiner Weise zu rechtfertigen!

Wenn Sie sich dieser Beurteilung anschliessen, dann haben sie die Möglichkeit, bis zum 4. Mai bei der F.L. Regierung eine Einsprache gegen die Rheinkraftwerke einzureichen. Es gibt viele Gründe gegen die Rheinkraftwerke. In der beiliegenden Broschüre haben wir einige davon dargestellt.

Mit freundlichen Grüssen  
Wilfried Marxer-Schädler  
LGU-Geschäftsführer

## Aus der Arbeit des Vorstandes

# Unser Rhein

## EINE FLUSSLANDSCHAFT IN GEFAHR



Seite 2 NAHERHOLUNG

Seite 3 GRUNDWASSER

Seite 3 TRINKWASSER

Seite 3 SICHERHEIT

Seite 4 NATUR

Seite 8 RHEINCHRONIK

Seite 9 FINANZEN

### Rheinkraftwerke - wo stehen wir?

Es dürfte den meisten nicht verborgen geblieben sein, dass die Auseinandersetzung um die Rheinkraftwerke in eine neue Phase getreten ist. Im November hat das Konsortium den Bericht über die Umweltverträglichkeit bei den Behörden eingereicht. Dieser Bericht soll nun in Vaduz, Bern und St. Gallen geprüft werden. Der Öffentlichkeit wird dabei die Möglichkeit eingeräumt, sich zum Umweltverträglichkeitsbericht bis zum 4. Mai zu äussern bzw. eine Einsprache gegen das Konzessionsprojekt bei der Regierung einzureichen.

Die LGU hat inzwischen bereits gemeinsam mit zielverwandten Organisationen, allen voran der Vereinigung zum Schutze des Rheins (VSR), eine Informationsbroschüre an alle Haushaltungen in der Region geschickt. Wer sie noch nicht hat oder noch mehr Exemplare wünscht, melde sich bitte bei unserer Geschäftsstelle!

Wie geht es weiter? Wir bleiben auch in den kommenden Wochen nicht untätig. Der Umweltverträglichkeitsbericht – er umfasst 15 grosse Ordner – wird momentan von einem Fachbüro im Auftrag einiger grosser Umweltverbände der Schweiz studiert, um ihn nach Schwachstellen zu untersuchen. Die Stellungnahme des Fachbüros wird uns bis Ende März vorliegen. Wir werden sie breit streuen, d.h. vor allem den Gemeinden

und interessierten Vereinen und Verbänden zukommen lassen, damit sie allenfalls eine eigene Einsprache gegen die Rheinkraftwerke formulieren können. Wer sich dafür interessiert, gebe dies bitte rechtzeitig bei unserer Geschäftsstelle bekannt.

Die Aufgabe der Behörden in Vaduz, Bern und St. Gallen sein, den Umweltverträglichkeitsbericht zu prüfen und die eingegangenen Einsprachen zu behandeln.

### CIPRA-Frühjahrssitzung

Traditionsgemäss am ersten Februarwochenende hat die Frühjahrssitzung der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA im Hotel Kulm in Triesenberg stattgefunden. Dabei wurde Rückschau auf das abgelaufene und Vorschau auf das kommende Jahr gehalten. Es zeigt sich, dass die Aktivitäten der CIPRA laufend zunehmen – was angesichts der Umweltschäden im Alpenraum nicht weiter verwundert –, dass aber auf der anderen Seite die finanziellen Möglichkeiten enge Grenzen setzen. Nachdem die Alpenkonvention im vergangenen November unterzeichnet worden ist, stehen jetzt die dazugehörigen Protokolle, welche das «Fleisch am Knochen» bilden sollen, zur Debatte. Die CIPRA, und damit auch unser nationales Komitee, steht vor der Aufgabe, diese Protokolle kritisch zu begleiten. Die Jah-

restagung der CIPRA im Herbst widmet sich ebenfalls dieser Thematik.

Nachdem der momentane CIPRA-Präsident, Mario F. Broggi, seinen Rücktritt schon längere Zeit angekündigt hat, steht an der Delegiertenversammlung vom Herbst auch die Wahl eines neuen Vorstandes und Präsidenten an. Die Chancen stehen gut, dass auch der künftige Präsident aus Liechtenstein stammen wird, da sich unser Vorstandsmitglied Josef Biedermann dankenswerterweise für dieses Amt zur Verfügung stellt. Das wäre nicht nur für die Arbeit der CIPRA, sondern auch für das Ansehen Liechtensteins im Ausland und die Umweltbewegung in Liechtenstein ein grosser Gewinn.

### Landwirtschaftszone und Bodenbewirtschaftungsbeiträge

Der Landtag wird sich an der nächsten Sitzung sehr wahrscheinlich mit zwei Gesetzesvorlagen abschliessend befassen, welche aus der Sicht des Natur- und Umweltschutzes einen sehr grossen Stellenwert haben. Zum einen taucht nun endlich die Landwirtschaftszone aus der Versenkung der Landtagskommission wieder auf. Doch Achtung: Die Landtagskommission hat dem Vernehmen nach gegenüber der bereits als absolutes Minimum zu bezeichnenden Vorlage weitere Abstriche gemacht. Wir appellieren eindringlich an alle Landtagsabgeordneten, nicht die raumplanerische Zukunft Liechtensteins den kurzfristigen Interessen der Bodenspekulanten zu opfern. Wir brauchen eine vernünftig dimensionierte Landwirtschaftszone als Ernährungsgrundlage, aber auch als nichtüberbauten Freiraum! Bauzonen, die bereits heute für mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Versenkung der Landtagskommission

mehr als genug.

Besser dürfte es mit dem Gesetz über die Ausrichtung von Bodenbewirtschaftungsbeiträgen aussehen. Die von unserer Seite eingebrachten ökologischen Ausgleichszahlungen für naturnahe, bodenschonende und

Leistungen werden sehr wahrscheinlich vom Landtag verabschiedet werden. Dies wäre ein willkommenes Zeichen an die Landwirtschaft, dass sie für ihre nichtproduktbezogenen Leistungen für die Allgemeinheit entlohnt wird. Das könnte einige Veränderungen in der Form der Bodennutzung bringen.

(Fortsetzung auf S. 4)

## Ja zum Staatsvertragsreferendum

Der Vorstand der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz spricht sich für die Einführung eines Staatsvertragsreferendums, welches am 13./15. März zur Abstimmung gelangt, aus. Denn dies eröffnet die Möglichkeit, über die geplanten Rheinkraftwerke notfalls eine Volksabstimmung herbeizuführen.

Die Initiative zur Einführung eines Staatsvertragsreferendums in der Verfassung ging von der Gewerbe- und Wirtschaftskammer aus. Der aktuelle Hintergrund dazu sind die Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum EWR, welcher grosse und unübersehbare Konsequenzen für unser Land hat. Aufgrund der bestehenden Verfassungslage kann das Volk hierüber nicht abstimmen. Das Staatsvertragsreferendum soll es in Zukunft ermöglichen, über alle Staatsverträge nach Einreichen der nötigen Unterschriften eine Volksabstimmung herbeizuführen.

### Rheinkraftwerke: Nichts zu sagen?

Ohne Staatsvertragsreferendum können wir auch über die Rheinkraftwerke nicht abstimmen. Das wird von vielen übersehen! Nach heutiger Gesetzeslage ist es denkbar, dass sich Liechtenstein zur Hälfte an den Rheinkraftwerken beteiligt, ohne dass das Volk darüber

befragt wird. Oftmals wird über jede Kleinigkeit abgestimmt. Wieso soll es im Fall der Rheinkraftwerke mit Ausgaben von über einer halben Milliarde für unser Land, einer weit mehr als zehnjährigen Bauzeit am Naherholungsraum Rhein und mit gravierenden ökologischen Konsequenzen für die ganze Region nicht möglich werden, eine Volksabstimmung durchzuführen?

hat der Vorstand der LGU beschlossen, das Staatsvertragsreferendum zu unterstützen.

Bekanntlich muss vor dem Bau der Rheinkraftwerke ein Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein abgeschlossen werden, da es sich um ein Grenzgewässer handelt, das für die Wasserkraftnutzung zerstört werden soll. Gegen diesen Staatsvertrag könnte die LGU und andere Umweltorganisationen das Referendum ergreifen, falls es tatsächlich so weit kommt.

### Ja zum Staatsvertragsreferendum

Daher empfiehlt der Vorstand der LGU, bei der kommenden Abstimmung über die Einführung eines Staatsvertragsreferendums ein JA in die Urne zu werfen.



Ohne Staatsvertragsreferendum gibt es keine Möglichkeit, um allenfalls über die projektierten Rheinkraftwerke abzustimmen.  
(Foto: T Adank, Trübbach)

(Fortsetzung von S. 2).

## Solargenossenschaft vor der Gründung

Nach mehrmonatiger Vorbereitungszeit sind wir bald so weit, dass wir eine unserer Ideen realisieren können. Wir beabsichtigen die Gründung einer Solargenossenschaft, die es allen Interessierten erleichtern soll, in die solare Stromerzeugung einzusteigen. Die Genossenschaft wird nämlich grössere Solaranlagen betreiben, die von den Genossenschaftsmitgliedern, allenfalls auch durch Beiträge der öffentlichen Hand und von Spendern finanziert werden. Wer also seinen Stromverbrauch oder wenigstens einen Teil davon mit der Sonnenenergie erzeugen möchte, bekommt hiermit einen unkomplizierten Weg zu diesem Ziel angeboten. Die Solargenossenschaft wird sich ausserdem generell die Förderung der Sonnenenergie zum Ziel setzen. Vorbereitende Gespräche mit Vertretern der öffentlichen Hand, den Liechtensteinischen Kraftwerken und Photovoltaik-Anbietern haben bereits stattgefunden.

Wir werden die Mitglieder der LGU rechtzeitig zur Gründung der Solargenossenschaft einladen. Die Genossenschaft soll unabhängig sein, also kein Teil der LGU. Die LGU kann jedoch Mitglied bei der Solargenossenschaft werden, um so künftig eng zusammenzuarbeiten.

## Naturschutz-Praktikum bei der LGU

Der aus Planken stammende Daniel Miescher, welcher im Verlaufe dieses Jahres sein Geografiestudium in Freiburg abschliesst, beginnt in diesen Tagen bei der LGU ein einjähriges Naturschutz-Praktikum mit einem Halbzertpensum. Seine Aufgabe besteht darin, auf den Impulsen des Naturschutz-Symposiums der LGU vom Herbst letzten Jahres aufbauend im Eschner Bannriet den Versuch zu unternehmen, die letzten verbliebenen Streueparzellen zu retten. Dabei soll die enge Zusammenarbeit mit den Besitzern und Bewirtschaftern, den Gemeindebehörden und der staatlichen Naturschutzstelle gefördert werden. Daniel Miescher wird vom Vorstand und dem Geschäftsführer der LGU unterstützt und begleitet. Wir wünschen ihm bei der kommenden Aufgabe viel Freude, Durchhaltewillen und natürlich im Interesse der gefährdeten Tier- und Pflanzenwelt viel Erfolg.

## Strahlungsangst in Triesenberg

Der im Triesenberger Rotenboden geplante Radiosendeturm stösst bei den Anwohnern auf nicht geringe Skepsis. Die Rotenbodener stört nicht nur die «Aussicht» auf einen 60 Meter hohen Turm, sondern auch die mögliche Strahlungsbelastung. Die herrschende Skepsis gegenüber den gesundheitlichen Auswirkungen konnte der Vertreter der PTT an der Informationsversammlung vom 25. Januar in Triesenberg nicht gänzlich ausräumen.

Die Strahlenbelastung ist ein sehr aktuelles Thema, nicht erst seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl. In der Bevölkerung ist eine gewisse Verunsicherung über die Folgen der unterschiedlichen Strahlen, Wellen und Felder vorhanden, seien dies Mikrowellenstrahlen, radioaktive Strahlung, elektromagnetische Felder oder die nun auch auf der nördlichen Halbkugel steigende Strahlung aus dem Weltall durch die Ausdünnung der Ozonschicht.

Wir möchten bereits jetzt darauf hinweisen, dass wir am 23. Juni eine öffentliche Veranstaltung mit einem Spezialisten auf dem Gebiet der Strahlung, Prof. Dr. Norbert Leitgeb von der Universität Graz, organisieren. Prof. Leitgeb wird

vor allem auf die Gefahren durch die Zerstörung der Ozonschicht eingehen, aber auch für andere Fragen aus dem Publikum zur Verfügung stehen.

## LIS-Umweltpreis

Dieses Jahr konnte die LGU wieder einmal den Umweltpreis für Diplomarbeiten an der Liechtensteinischen Ingenieurschule LIS vergeben, nachdem in den letzten beiden Jahren keine Arbeit unsere Bewertungskriterien erfüllt hatte und daher auf die Preisausschüttung verzichtet wurde. Der Hauptpreis von Fr. 600.— ging an Klaus Galehr, der sich sehr wertvolle Gedanken zur energetischen Sanierung der Alpenvereinschütte auf der Gafadura machte. Sein Konzept sieht den Einsatz verschiedener Techniken zur Ausnützung der Sonnenenergie sowie des Energiesparens vor und ist insgesamt durchdacht und praktisch anwendbar.

Ein Anerkennungspreis ging an Heinz Schädler und Markus Nau, die sich zur Aufgabe gemacht hatten, Bemessungskriterien zur Einführung des Ökobonus beim Motorfahrzeugverkehr zu erarbeiten.

Wir gratulieren den Preisträgern nochmals auf diesem Weg!

## Bilanz und Erfolgrechnung 1991 der LGU

AKTIVEN		PASSIVEN	
<b>Umlaufvermögen</b>		<b>Fremdkapital</b>	
Bankguthaben	120 193.55	Kreditoren	8 136.70
		Trans. Passiven	21 500.—
<b>Sondervermögen Ruggeller Riet</b>		<b>Sondervermögen Ruggeller Riet</b>	
VPB-Konto PNH	8 826.60	Kreditoren Ruggeller Riet	17 500.—
Grundstücke Ruggeller Riet	61 315.95	Vereinsvermögen	49 743.85
<b>Anlagevermögen</b>		<b>Eigenkapital</b>	
Büroeinrichtungen	1.—	Rückstellungen	35 000.—
	190 337.10	Vereinsvermögen	55 895.65
		Einnahmenüberschuss	2 560.90
			190 337.10
AUFWAND		ERTRAG	
Personalaufwendungen	70 412.50	Landesbeitrag	75 000.—
Miete	9 332.70	Gemeindebeiträge	28 740.—
Büro- u. Verwaltungsspesen	24 343.40	Spenden u. Mitgliederbeitr.	49 982.20
Europarat		Zinsertrag	6 411.85
Tagungskosten	568.—	Ausserordentlicher Ertrag ./.	9 993.—
Expertentätigkeit			
Beiträge an andere Organisat.	4 736.25		
Publikationen	28 496.70		
Aktionen	9 690.60		
Einnahmenüberschuss	2 560.90	Ausgabenüberschuss	—.—
	150 141.05		150 141.05